

**GUTE ARBEIT
GUTE RENTE**



Realpolitik statt Renten-Raubbau:

Mehrheiten für Stärkung der gesetzlichen Altersversicherung

Eine Analyse der IG Metall basierend auf Befragungsergebnissen zu Einstellungen zum Thema Rente 2024 von Verian Deutschland (ehemals Kantar Public)



Weniger Rente für langjährig Versicherte, längere Lebensarbeitszeiten und ein niedriges Rentenniveau: Die gesetzliche Altersversorgung ist nicht nur eine Dauerbaustelle, sondern steht in der politischen Debatte unter Dauerbeschuss. Doch selbst Anhänger*innen von Union und FDP gehen die Angriffe zu weit.

Die vorliegende Kurzstudie zeigt: Weite Teile der Politik ignorieren die Interessen und Lebenswirklichkeiten der Wähler*innen. Die Versicherten sind sogar bereit, mehr Geld in das gesetzliche Rentensystem zu investieren. Wer dagegen in der Alterssicherungspolitik den Sozialstaat angreift, schwächt somit auch seinen eigenen Rückhalt.

Nicht nur stehen die Befragten der Erhöhung des Renteneintrittsalters mit großer Skepsis gegenüber, ebenso spricht sich eine klare Mehrheit der Befragten dafür aus, das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente anzuheben. Darüber hinaus zeigt die Befragung, dass eine Mehrheit bereit wäre, für persönlich höhere Rentenansprüche Zusatzbeiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzuzahlen.

Anhand aktueller Daten von Verian Deutschland (ehemals Kantar Public) analysiert diese Kurzstudie die Einstellungen und Erwartungen der Menschen.

Methodensteckbrief:

Befragung Einstellungen zum Thema Rente 2024	
Institut	Verian Deutschland, Berlin (ehemals Kantar Public)
Grundgesamtheit	Wahlberechtigte Bevölkerung ab 18 Jahren in Deutschland
Stichprobe	Quotenstichprobe aus Access-Panel
Erhebungsverfahren	Online-Befragung (CAWI)
Fallzahl	1.063 Befragte
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen
Erhebungszeitraum	22. – 27. Mai 2024

Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick

- ▶ **Ein höheres Renteneintrittsalter geht an der Lebensrealität der Beschäftigten vorbei:
Mehr als die Hälfte glaubt nicht, unter ihren gegenwärtigen Arbeitsbedingungen bis zum 67. Lebensjahren arbeiten zu können.**

Mehr als sechs von zehn Befragten, die nicht bereits im Ruhestand sind, würden selbstbestimmt bis maximal 63 Jahre arbeiten (62 %). Lediglich etwa jede*r Vierte würde gerne im Alter zwischen 64 und 67 Jahren in Rente gehen (27 %). Über 67 Jahre hinaus würden überhaupt nur 3 % arbeiten wollen.

Was die eigene Erwartung betrifft, bis zum 67. Lebensjahr arbeiten zu können, gibt mehr als die Hälfte (53%) an, dass sie definitiv nicht oder eher nicht glaubt, dass sie unter ihren gegenwärtigen Arbeitsbedingungen bis zum 67. Lebensjahr arbeiten kann. Über das 67. Lebensjahr hinaus arbeiten zu können, glauben dann nur noch 23 % der befragten Erwerbstätigen unter 67 Jahre.

- ▶ **Rückhalt für die „Rente ab 63“:
Neun von Zehn sprechen sich für einen abschlagsfreien Renteneintritt nach 45 Jahren aus.**

Es gibt einen breiten Konsens, dass Beschäftigte nach 45 Arbeitsjahren ohne Rentenabschläge in Rente gehen können sollten. Über neun von zehn Befragten stimmen diesem Punkt zu (93 %).

- ▶ **Breiter Konsens: Rentenniveau sollte steigen,
selbst das wenn das höhere Beiträge bedeuten würde.**

Zwei Drittel der Befragten sind angesichts einer möglichen Rente von 48 % des durchschnittlichen Einkommens der Auffassung, dass das Rentenniveau steigen müsste, auch wenn das höhere Beiträge bedeuten könnte (67 %). Lediglich jede*r Neunte findet ein Rentenniveau von 48 % als ausreichend (11 %) und nur jede*r Elfte bevorzugt ein Abschmelzen des Rentenniveaus, um die Beiträge langfristig stabil zu halten (9%).

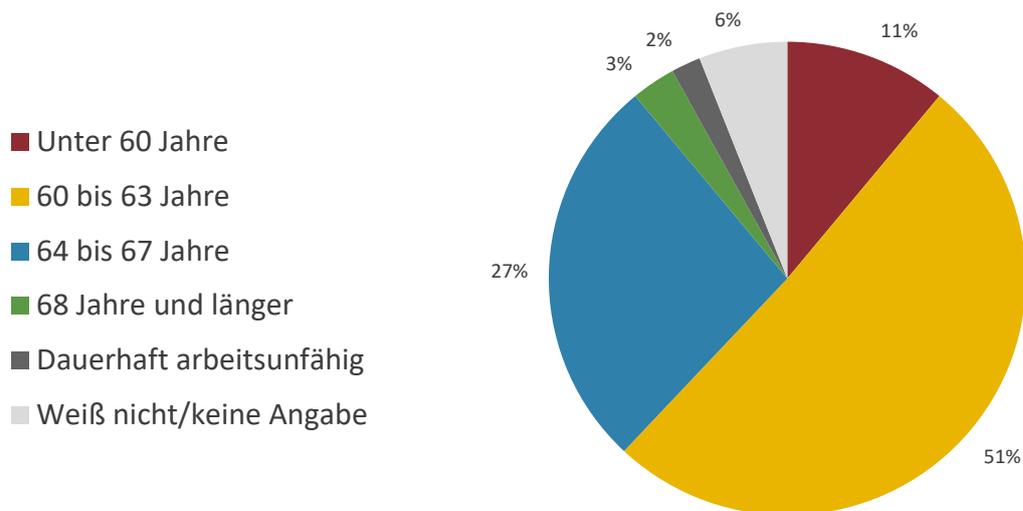
- ▶ **Große Bereitschaft zu freiwilligen zusätzlichen Beiträgen für die gesetzliche Rente –
teilweise unter der Bedingung paritätischer Beitragsteilung mit dem Arbeitgeber.**

Freiwillig zusätzliche Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzuzahlen, um persönlich höhere Rentenansprüche zu erwerben, kommt für 29 % der Beschäftigten in Frage. Darüber hinaus bestätigen 41 %, dass sie bereit wären freiwillige Zusatzbeiträge zu leisten, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass der Arbeitgeber die Hälfte zuzahlt. Insgesamt sprechen sich somit 70 % der Beschäftigten für die Möglichkeit der Einzahlung freiwillig zusätzlicher Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung aus.

1. Die Diskussion über die Regelaltersgrenze wird an den Interessen der Bevölkerung und an den Arbeitsrealitäten der Beschäftigten vorbei geführt.

Die neuerlich begonnene Diskussion über ein späteres Renteneintrittsalter wird offenbar an der Bevölkerung vorbei geführt: Mehr als die Hälfte der Befragten (51 %, s. Grafik 1) spricht sich für einen selbstbestimmten Renteneintritt zwischen 60 und 63 Jahren aus. Lediglich 3% der Befragten wünscht sich ein späteres Renteneintrittsalter, das über die derzeitige Regelaltersgrenze von 67 Jahren hinaus geht.

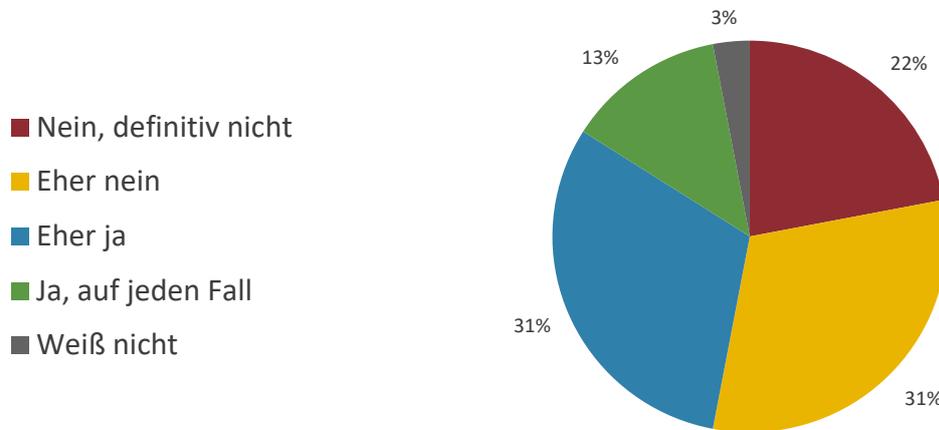
Grafik 1: Bis zu welchem Alter würden Sie gerne arbeiten?



*Frage: Einmal unabhängig davon, ob Sie gerade berufstätig sind oder nicht: Bis zu welchem Alter würden Sie gerne arbeiten? Basis: Nicht Rentner*innen und Pensionär*e*innen*

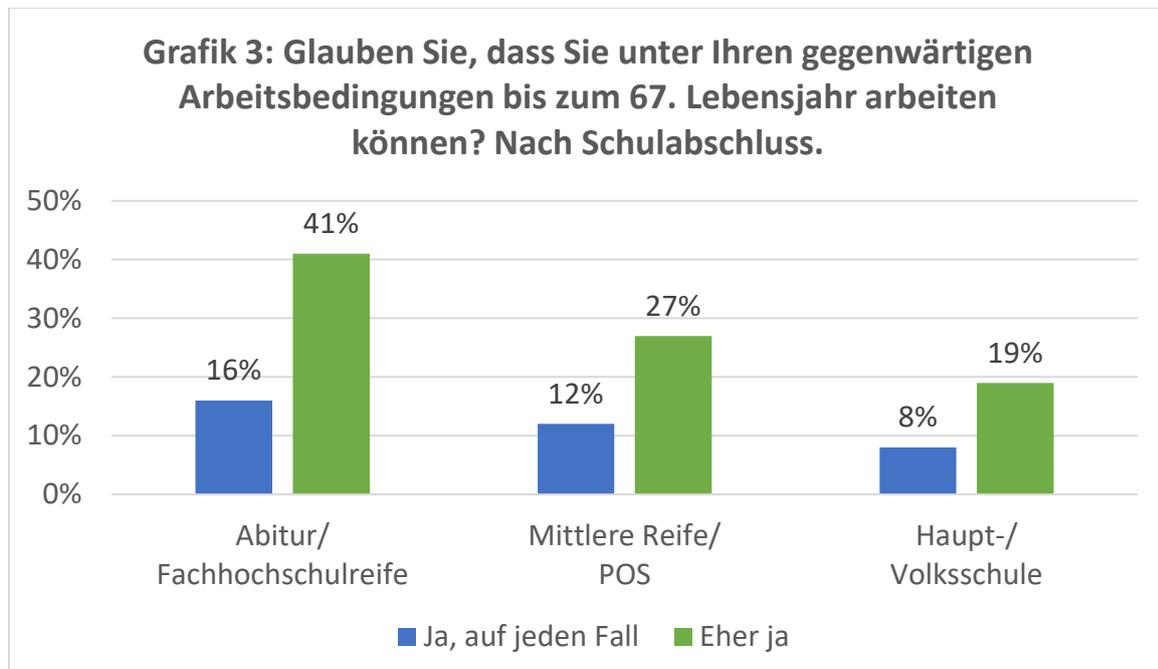
Neben den persönlichen Interessen nach einem früheren Renteneintritt zeigen die Befragungsergebnisse zudem, dass die derzeitige Debatte des politischen Mainstreams auch quer zu den arbeitsweltlichen Realitäten der Beschäftigten geführt wird. Die Beschäftigten bevorzugen nicht nur persönlich einen früheren Renteneintritt, sie können es sich angesichts der weit verbreiteten Belastungssituation am Arbeitsplatz auch gar nicht vorstellen, die derzeitige Regelaltersgrenze, geschweige denn höhere Regelaltersgrenzen, zu erreichen. So geben mehr als die Hälfte (53 %, s. Grafik 2) an, dass sie definitiv nicht oder eher nicht glauben, dass sie unter ihren gegenwärtigen Arbeitsbedingungen bis zum 67. Lebensjahr arbeiten können.

Grafik 2: Glauben Sie, dass Sie unter Ihren gegenwärtigen Arbeitsbedingungen bis zum 67. Lebensjahr arbeiten können?



Basis: Erwerbstätige, die jünger als 67 Jahre sind.

Gleichzeitig zeigen die Befragungsergebnisse auch, dass sich die Einschätzung zur Arbeitsfähigkeit bis zum 67. Lebensjahr je nach Schulabschluss und damit verbundenen Berufsgruppen stark unterscheidet. Glauben schon nur noch 57 % (s. Grafik 3) der Befragten mit Abitur/Fachhochschulreife, dass sie eher meinen oder auf jeden Fall meinen bis zum 67. Lebensjahr arbeiten zu können, stimmen dieser Aussage nur 39 % mit mittlerer Reife/POS bzw. 27 % mit Haupt-/Volksschulabschluss zu.

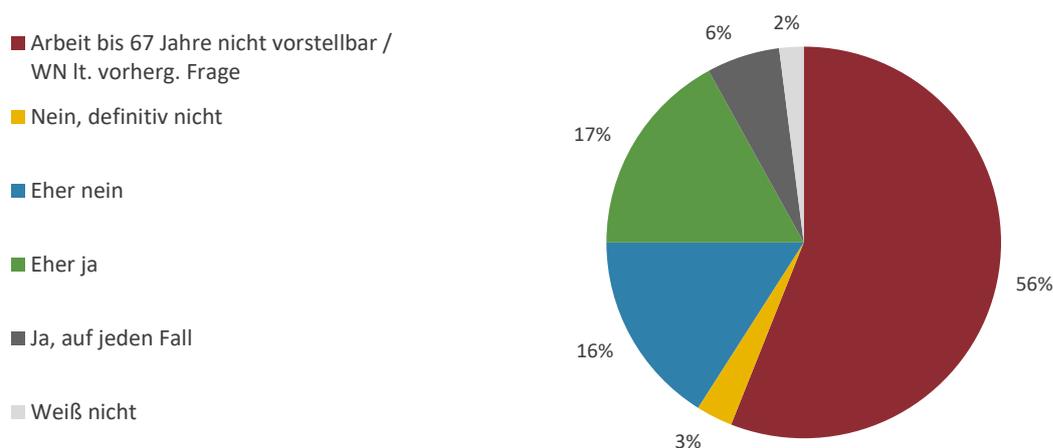


Basis: Erwerbstätige, die jünger als 67 Jahre sind.

Über das 67. Lebensjahr hinaus arbeiten zu können, glauben dann nur noch 23 % der Erwerbstätigen unter 67 Jahre (s. Grafik 4).

Das reale durchschnittliche Renteneintrittsalter (über alle Altersrentenarten) lag 2022 bei 64,4 Jahren. Die Selbsteinschätzungen der Befragten spiegeln diese arbeitsweltliche Realität der Beschäftigten damit sehr gut wieder und erteilen einem Renteneintrittsalter von 67 Jahren oder weiteren Erhöhungen eine Absage.

Grafik 4: Und würden Sie sagen, dass Sie unter Ihren gegenwärtigen Arbeitsbedingungen auch über das 67. Lebensjahr hinaus arbeiten können?

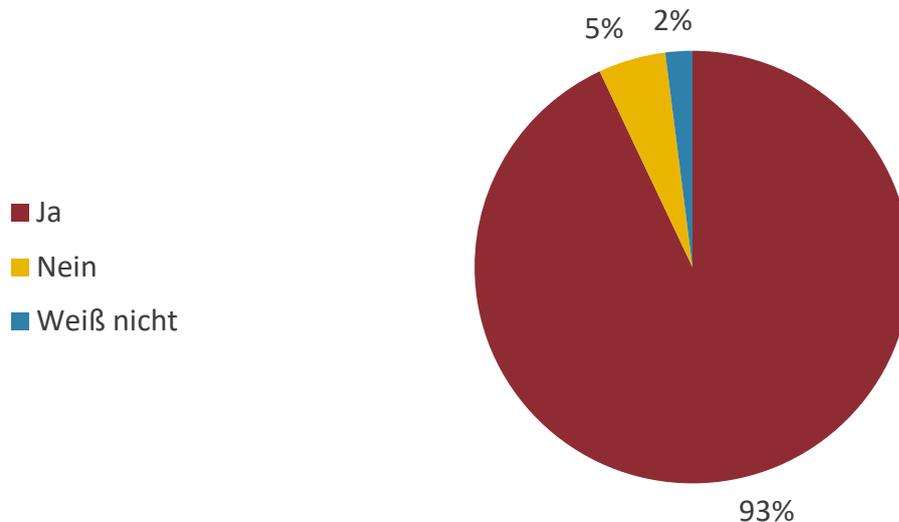


Basis: Erwerbstätige, die jünger als 67 Jahre sind.

2. Fast alle Befragten sprechen sich für abschlagsfreien Renteneintritt nach 45 Jahren aus

2014 trat die sogenannte „Rente ab 63“ in Kraft, dank derer Versicherte, die mindestens 45 Jahre lang Beiträge zur Rentenversicherung gezahlt haben oder entsprechende Berücksichtigungszeiten nachweisen (zum Beispiel Kindererziehung), vor Erreichen des regulären Rentenalters in Ruhestand gehen – und zwar ohne Rentenabschläge. Wie stark die Zustimmung zum beitragsbefreiten Renteneintritt nach 45 Jahren in der Bevölkerung und trotz vielfacher Agitation dagegen noch ist, zeigen die Ergebnisse der Umfrage. Mehr als neun von zehn Befragten (93 %, s. Grafik 5) sprechen sich dafür aus, dass Beschäftigte nach 45 Arbeitsjahren ohne Rentenabschläge in Rente gehen können sollten.

Grafik 5: Sollten Beschäftigte nach 45 Arbeitsjahren ohne Rentenabschläge in Rente gehen können?

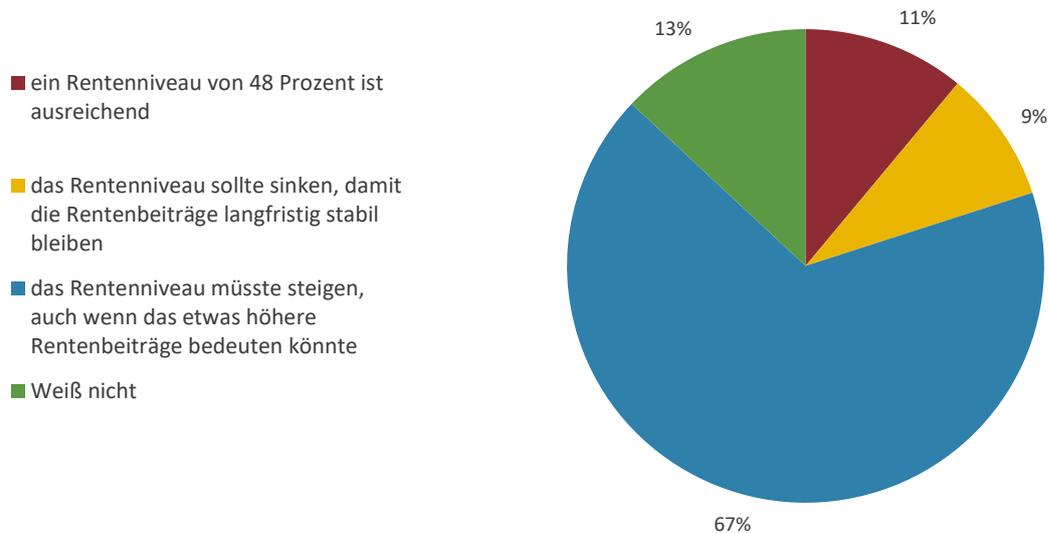


Frage: Über das Renteneintrittsalter wird ja immer wieder in Politik und Gesellschaft diskutiert. Was meinen Sie? Sollten Beschäftigte nach 45 Arbeitsjahren ohne Rentenabschläge in Rente gehen können? *Basis:* Alle Befragten.

3. Große Mehrheit würde höhere Beiträge für Steigerung des Rentenniveaus akzeptieren

Neben der Regelaltersgrenze steht die Frage höherer Rentenbeiträge zur Sicherung des Rentenniveaus zur Diskussion. Dabei wird in der politischen Debatte vielfach auf die vermeintlich fehlende Bereitschaft der Beschäftigten und Unternehmen verwiesen, höhere Beiträge zur Stabilisierung und Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung zu akzeptieren. Zumindest was die Position der Beschäftigtenseite betrifft, kommt die Befragung zu einem anderen Ergebnis: Zwei Drittel der Befragten sind angesichts einer möglichen Rente von 48% des durchschnittlichen Einkommens der Auffassung, dass die Renten steigen müssten, auch wenn das höhere Beiträge bedeuten könnte (67 %; s. Grafik 6). Lediglich jede*r Neunte findet ein Rentenniveau von 48% als ausreichend (11%) und nur jede*r Elfte bevorzugt ein Abschmelzen des Rentenniveaus, um die Beiträge langfristig stabil zu halten (9 %).

Grafik 6: Finden Sie, ...?

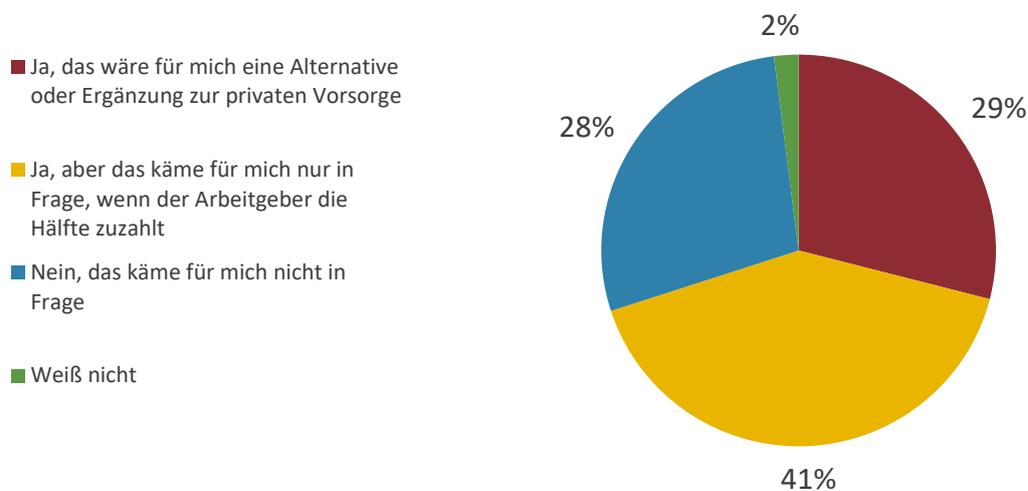


Frage: Die Bundesregierung plant, das Niveau der gesetzlichen Rente bei 48 Prozent des durchschnittlichen Einkommens zu stabilisieren. Finden Sie, ...? **Basis:** Alle Befragten.

4. Freiwillige Zusatzbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung kommt für Mehrheit in Frage; für großen Anteil der Befragten, aber nur, wenn Arbeitgeber die Hälfte zahlt

Unter dem Begriff „Soli-Rente-Plus“ wird derzeit [von der IG Metall](#) ein solidarischer Weg der ergänzenden Zusatzversorgung jenseits des Drei-Säulen-Modells in die Debatte eingebracht. Kernbestandteil dieses Modells ist die Einzahlung freiwilliger Zusatzbeiträge in die gesetzliche Rentenversicherung. Bereits heute gibt es zum Ausgleich oder zur Verringerung von Rentenabschlägen für Pflichtversicherte unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit, zusätzlich Beiträge in die Rentenversicherung einzuzahlen. Die Ergebnisse der Befragung unterstreichen, dass die Bereitschaft zusätzliche Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzuzahlen, um persönlich höhere Rentenansprüche zu erwerben, weit verbreitet ist. So kommt dies grundsätzlich für sieben von zehn Beschäftigten in Frage (70 %; s. Grafik 7). Allerdings für vier von zehn Befragten nur unter der Voraussetzung, dass der Arbeitgeber die Hälfte zuzahlt (41 %). Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften haben in einigen Branchen bereits begonnen, entsprechende tarifliche Regelungen zu vereinbaren, die Zahlungen der Arbeitgeber in die Rentenkasse vorsehen.

Grafik 7: Kämen freiwillig zusätzliche Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung für Sie in Frage?



Frage: Einmal angenommen, Sie könnten freiwillig zusätzliche Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, um persönlich höhere Rentenansprüche zu erwerben. Käme das für Sie in Frage? **Basis:** Arbeiter*innen und Angestellte.

Ansprechpartner:

Maximilian Waclawczyk

IG Metall-Vorstand

FB Sozialpolitik

Wilhelm-Leuschner-Straße 79

60329 Frankfurt am Main

Telefon: 069/66 93-28 32

Telefax: 069/66 93-28 70

E-Mail: rente@igmetall.de

Weitere Informationen unter

www.rente.igmetall.de